



*„Habeck will den Wärmepumpen-Zwang gegen jede Vernunft durchdrücken.“*

**Exklusivinterview  
mit dem Abgeordneten  
im Bayerischen Landtag  
Gerd Mannes**

## **SANIERUNGSPFLICHT UND HEIZUNGSVERBOT: EIGENTÜMERN DROHT DIE KALTE ENTEIGNUNG**

Herr Mannes, die EU und auch die Bundesregierung wollen Immobilienbesitzer zur Sanierung ihrer Gebäude zwingen. Welche Auswirkungen wird die sogenannte Gebäuderichtlinie auf die Bürger in Deutschland haben?

Die EU-Gebäuderichtlinie und die daraus resultierende Sanierungspflicht für Häuser wird Millionen Bürger in den Ruin treiben, wenn sie in der geplanten Form umgesetzt wird. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die Gesellschaft diesen totalitären Eingriff in das Privatei-

gentum nicht gefallen lässt. Die umfassende Sanierung eines älteren Wohngebäudes kostet schnell einen sechsstelligen Betrag. Hinzu kommt, dass viele Bestandsgebäude aus bauphysikalischer Sicht nicht einfach mit Wärmedämmung nachgerüstet werden können.

Wenn es nach der EU geht, dürfen diese Gebäude dann in Zukunft überhaupt nicht mehr bewohnt werden – angesichts des akuten Wohnraum Mangels eine völlig absurde Vorstellung. Die hohen Kos- **Weiter auf Seite 2**

**Außerdem im Heft:**

**FILZ UND AMIGO-WIRTSCHAFT  
BEI DER CSU: DAS ZEIGT DER  
U-AUSSCHUSS ZUM  
MASKENSKANDAL**

**Weiterlesen auf Seite 3**

Immer informiert bleiben:  
[www.schwaben-heute.de](http://www.schwaben-heute.de)

## Interview: Dauerkrise Migration

ten bei der Sanierung bzw. das geplante Nutzungsverbot bei unterlassener Sanierung kommen im Endeffekt einer staatlichen Enteignung gleich. Viele Bürger werden ihr Haus verkaufen müssen. EU und Bundesregierung sind damit endgültig in der staatlichen Planwirtschaft angekommen.

### **In den Medien wird nun die Wärmepumpe als alleiniger Heilsbringer für die Wärmeversorgung gepriesen. Was ist davon zu halten?**

Der Hype um die Wärmepumpe ist lächerlich, da diese Heizungsform aufgrund der niedrigen Vorlauftemperaturen für den Großteil des Gebäudebestands aus technischer Sicht gar nicht geeignet ist. Das sage ich nicht nur als Fachpolitiker für Energie, sondern vor allem als studierter Maschinenbauingenieur.

Leider mangelt es den grünen Ökoterroren an jedem technischen Sachverstand. Weiterhin würde die Umrüstung aller Gebäude auf eine andere Heizungsform Jahrzehnte dauern – das alles ist also nur noch weltfremd und irrsinnig. Wir werden von völlig abgehobenen Fanatikern regiert, anders lassen sich diese Regelungen nicht mehr erklären.

### **Die Bundesregierung hat auch ein weitgehendes Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen beschlossen. Was bedeutet das für Hausbesitzer?**

Die Austauschpflicht für bestehende und das Einbauverbot für neue Öl- und Gasheizungen sind ein inakzeptabler Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Bürger. Der Einbau einer neuen Heizung kostet für ein Einfamilien-

haus rund 20 bis 60.000 Euro. Das Gebäudeenergiegesetz ist damit ein regelrechtes Attentat auf den Wohlstand in unserem Land. Das Gesetz der Ampel zeigt jedoch auch, dass man in Berlin nicht einmal mehr die Grundrechenarten beherrscht. Rund 75 Prozent der bayerischen Haushalte bzw. Wohngebäude heizen mit Öl oder Erdgas.

Vom Gesetz betroffen sind also rund 5 Millionen Heizungsanlagen, die der gesamte Altparteienblock am liebsten sofort abschalten würde. Zwei Drittel der Ölheizungen im Freistaat sind älter als 20 Jahre. Diese Anlagen müssten nach dem Gebäudeenergiegesetz also in wenigen Jahren ausgetauscht werden. Handwerkerverbände haben bereits klargestellt, dass die zeitlichen Vorgaben des Gesetzentwurfs unrealistisch sind. Aufgrund von Fachkräftemangel, explodierenden Baukosten und Lieferengpässen betragen die Wartezeiten für den Einbau neuer Heizungen 12 Monate und länger, die Austauschquoten können also gar nicht eingehalten werden.

### **Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu den Vorgaben im Gebäudesektor?**

Aus Sicht der AfD geht es den Staat schlichtweg nichts an, was Hausbesitzer mit ihrem Gebäude anstellen. Wir lehnen die EU-Gebäuderichtlinie daher entschieden ab. Deutschland sollte eher die EU verlassen, als sich dem Brüsseler Diktat zur Zwangssanierung zu beugen. Weiterhin lehnen wir die nationalen Vorgaben wie das Gebäudeenergiegesetz ab, weil für die Bürger auch hieraus teure Zwangsinvestitionen resultieren.

**Herr Mannes, vielen Dank für das Gespräch.**

### **Für Sie im Bayerischen Landtag**



**Gerd Mannes** ist seit 2018 Abgeordneter im Bayerischen Landtag und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion. Als Stimmkreisbeauftragter ist er für Augsburg-Stadt, Neu-Ulm,

Günzburg und Augsburg-Land-Süd zuständig. Er ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung sowie im „Untersuchungsausschuss Maske“. Sein politischer Schwerpunkt liegt auf der Energie- und Wirtschaftspolitik. In der kommenden Landtagswahl kandidiert er auf Platz 3 der AfD-Liste.





### **„Filz, Vetternwirtschaft, Amigo-Deals, Sumpf“: Gerd Mannes fordert Rückzahlungen von Ex-CSU-Abgeordneten Nüßlein und Sauter**

Der Untersuchungsausschuss „Maske“ hat seine Aufgabe aus Sicht der Opposition völlig verfehlt. Anstatt um eine wirkliche Aufklärung der dubiosen Maskengeschäfte von CSU-Parlamentariern ging es für Ministerpräsident Söder und die Bayerische Staatsregierung lediglich um Schadensbegrenzung. Die AfD kündigte daher an, einen eigenen Sonderbericht vorzulegen.

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Gerd Mannes, erklärt dazu folgendes:

„Der Untersuchungsausschuss ‚Maske‘ war eine Alibiveranstaltung. Er diente dazu, Tatsachen zu verbergen und nicht, sie offenzulegen. Dementsprechend wurden die meisten schwerwiegenden Vorwürfe gegen Spitzenpolitiker der Söder-CSU und der Freien Wähler in diesem

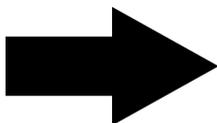
größten Korruptionsskandal der jüngeren bayerischen Geschichte auch nicht entkräftet. Fast immer waren Beweismittel verschwunden oder Chats gelöscht, und an Telefonate konnte man sich angeblich nicht mehr erinnern.

Zudem agierte die Leitung des Untersuchungsausschusses parteiisch und benachteiligte die AfD. Unsere Fragen wurden oft gar nicht zugelassen, und die etablierten Parteien bildeten auf der Arbeitsebene ein Kartell, um der AfD Informationen vorzuhalten.

Und noch immer ist völlig offen, wie die Staatsregierung den von ihr verursachten Schaden zu begrenzen gedenkt. Für die AfD ist klar, dass die verschwendeten Steuergelder überall zurückgeholt werden müssen, wo dies juristisch möglich ist. Ein Verzicht darauf, also das ‚Abschreiben‘

dieser enormen Beträge, wäre letztlich ebenso verwerflich wie der Abschluss dieser krummen Deals.

Wir fordern daher die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses zu Beginn der kommenden Legislaturperiode. Dieser muss die gesamte Corona-Politik umfassend und sachlich aufklären. Die Strategie der Söder-Regierung bei der Beschaffung der Masken kann nur dann wirklich verstanden werden, wenn man sie im Zusammenhang mit den sonstigen Corona-Maßnahmen betrachtet. Darüber hinaus muss geprüft werden, wie die Rückzahlung der verschwendeten Steuergelder, z. B. für die Schrottmasken, zu Gunsten des bayerischen Steuerzahlers eingefordert werden könnte. Die AfD wird Licht ins Dunkel bringen und den Sumpf der Altparteien austrocknen!“



**Laden Sie sich den 200-seitigen Bericht zum U-Ausschuss „Maske“ hier kostenlos herunter: [www.gerd-mannes-afd.de](http://www.gerd-mannes-afd.de)**

# Neues Windkraftgesetz gefährdet Schwabens Naturlandschaft

Bis Ende 2032 müssen die Bundesländer insgesamt zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraftanlagen ausweisen. Bis 2027 sollen dem Gesetz nach 1,4 Prozent der Flächen für Windkraft bereitstehen, wobei jedes Land einen unterschiedlich großen Beitrag dazu leisten muss. Für den Freistaat Bayern gilt: 1,1 Prozent der Landesfläche bis 2027 und 1,8 Prozent der Fläche bis Ende 2032.

Zwar dürfen die Länder auch in Zukunft Mindestabstände festlegen – aber nur, wenn sie trotzdem die ge-

setzlich festgelegten Ausbauziele aus dem „Windenergieflächenbedarfsgesetz“ erreichen. Erreichen Bundesländer die Ausbauziele nicht, werden die landesspezifischen Abstandsregeln über das Bundesgesetz ausgehebelt.

Das neue Bundesgesetz ist nicht nur ein inakzeptabler Eingriff in die kommunale Selbstbestimmung, es gefährdet auch massiv die schwäbische Naturlandschaft. Das Gesetz ermöglicht neue Windkraftprojekte sogar dann, wenn alle betroffenen An-

wohner einer Region gegen neue Windräder sind. Das Mitspracherecht für Bürger wird mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ einfach abgeschafft. Auch die beschlossene Aufhebung der 10H-Regel stellt eine inakzeptable Aushebelung des Freistaats Bayern in planerischen Belangen dar. Es sollte auch in Zukunft den betroffenen Gemeinden überlassen bleiben, ob und wie viele Windkraftanlagen sie errichten wollen – schließlich stellen Windräder einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar.

# Bundesregierung zerstört Grundlage unseres Wohlstands – Autogipfel im Kanzleramt bestätigt weiteren Stellenabbau in der Industrie



Die Automobilindustrie befindet sich aufgrund des politisch erzwungenen Umstiegs auf die Elektromobilität in einer tiefen Krise. Hunderttausende Stellen sollen gestrichen und dutzende Produktionsstandorte ins Ausland verlagert werden. Auch der Autogipfel im Kanzleramt brachte keine echten Verbesserungen für die gebeutelten Fahrzeugbauer.

Beim Autogipfel im Kanzleramt kamen Vertreter der Fahrzeugindustrie, der Zulieferbetriebe und der Regierung zusammen. Die Stimmung war gedrückt, denn die gesamte Branche steht vor einer regelrechten Entlassungswelle. Der europäische Zulieferer-Verband Clepa geht infolge der sogenannten ‚Verkehrswende‘ von einem Stellenabbau von bis zu 500.000 Arbeitsplätzen allein in der Zulieferindustrie aus; auch bei den Fahrzeugherstellern selbst sind hunderttausende Stellen in Gefahr.

Nun hat die Regierung eine Kürzung der Förderung für E-Autos beschlossen. Branchenanalysten kommen in diesem Zusammenhang zu einem düsteren Ergebnis: Infolge der gekürzten Förderungen für E-Fahrzeuge wird der Absatz für Hybridfahrzeuge um rund 13 Prozent einbrechen. Dies zeigt deutlich, dass die Elektromobilität ohne massive Subventionen auch nach einem Jahrzehnt noch nicht marktfähig ist.

Ministerpräsident Söder zeigte sich auf Twitter beleidigt, weil er nicht zum Gipfel eingeladen war. Es stellt sich jedoch die Frage, warum man ausgerechnet den Totengräber der bayerischen Automobilindustrie zu einem Autogipfel einladen sollte, denn Söder hat dem Niedergang der Fahrzeugbauer regelrecht den Weg bereitet. Wo immer es darum ging, die Standortbedingungen im Freistaat durch teure Auflagen und hohe Energiekosten zu verschlechtern, war Söder mit seiner industriefernlichen grünen Politik stets zur Stelle. Wenn in wenigen Jahren die letzten Fahrzeugwerke in Bayern schließen, ist das nicht zuletzt das Verdienst des bayerischen Ministerpräsidenten. Die Automobilindustrie lässt sich nur durch ein klares Bekenntnis zum Verbrennungsmotor und die sofortige Aufhebung aller Fahrverbote retten.

# AfD fordert industriepolitisches „Ja!“ zum Verbrennungsmotor und zur bayerischen Automobilindustrie

Im Februar hat das Europäische Parlament beschlossen, den Verkauf von Pkw mit Verbrennungsmotor in der EU faktisch zu verbieten.

Ministerpräsident Söder und die CSU sind Heuchler, wenn sie sich zum Landtagswahlkampf vermeintlich gegen das Verbrenner-Aus positionieren, denn genau sie haben das Verbot wiederholt – in 2008, 2010 und 2020 – gefordert! Auch die angebliche Ausnahme der FDP für E-Fuel-betriebene Verbrenner ist nur

eine inhaltslose Nebelkerze und ein leeres Wahlkampfversprechen.

Während die deutschen Altparteien die bayerische Automobilindustrie willeentlich an die Wand fahren, unterstützt China die Fertigung von Verbrennern bereits mit Steuervergünstigungen und Forschungszulagen. Unter anderem deshalb – und wegen der extrem hohen Energiekosten – verlagern bayerische Konzerne, wie BMW und Audi, ihre Produktion ins Ausland.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die weltweit führende deutsche Verbrennungsmotor-Technologie stellt. Wir wollen die Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Automobilindustrie in Bayern erhalten. Mit unseren Anträgen fordern wir nicht nur ein ganzes Paket an Unterstützungsmaßnahmen, sondern auch ein klares industriepolitisches ‚Ja!‘ zum Verbrennungsmotor, für individuelle Mobilität und einen technologie-offenen Mobilitätsmix.

## Sachverständige unterstützen energiepolitische AfD-Positionen



Mitte März fand im Bayerischen Landtag eine Expertenanhörung statt, um die von der Ampel-Bundesregierung erlassenen Gas- und Strompreisbremsen zu bewerten. Vertreter der Industrie und der Wirtschaftskammern unterstützten die Ansichten und Forderungen der AfD.

Gerd Mannes, stellvertretender Vorsitzender und energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, kommentierte die Ergebnisse der Anhörung wie folgt: „Der Strommarkt-Experte der Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit Herr Christian Loose bestätigte die AfD-

Sichtweise, dass die gegenwärtige Energiekrise vor allem durch die Energiewende verursacht wurde: die Abschaltung grundlastfähiger Kohle- und Kernkraftwerke, die Verknappung der CO2-Zertifikate und das Pariser Klimaabkommen. Wettbewerbsfähige Strompreise wären machbar. Aber dafür wären eine unbefristete Verlängerung der deutschen Kohle- und Atomkraft, ein Ausstieg aus der CO2-Bepreisung und eine verpflichtende Beteiligung von PV- und Windkraft an Backup- und Nettokosten notwendig.“

## Skandal um Asylbetrug: 28.000 afghanische „Ortskräfte“ eingeflogen

Nachdem schon 2022 viele Gemeinden an den Rand der Möglichkeiten brachte, hat das neue Jahr rasant gestartet. Nun kommen auch noch die Kontingent-Afghanen (Ortskräfte) hinzu zur Belastung der Gemeinden durch Migration und Flucht.

Seit der Machtübernahme der Taliban vor etwa einem Jahr hat das Auswärtige Amt unter Annalena Baerbock (Grüne) mehr als 28.000 Visa

für afghanische „Ortskräfte“ ausgestellt. Nachdem Berichte über massiven Betrug und Urkundenfälschung in die Öffentlichkeit gekommen waren, musste das Ministerium nun die Reißleine ziehen und einen Aufnahmestopp verhängen.

Die Kontrolle der entsprechenden Dokumente hat das Außenministerium offenbar an undurchsichtige Nicht-Regierungsorganisationen aus

dem linksgrünen Spektrum ausgelagert.

„Frau Baerbock muss sofort zurücktreten“, sagt Gerd Mannes, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. „Die Kommunen in Bayern können den Ansturm längst nicht mehr stemmen. Dass das Ministerium durch fehlende Kontrollen zum Asylbetrug eingeladen hat, ist ein handfester Skandal.“

# Organisierte Kriminalität in Günzburg und Umgebung: Polizei verhaftet fünf Straftäter mit Verbindungen ins Schleusermilieu

In einem Großeinsatz mit rund 350 Beamten wurde Ende April ein Schleusernetzwerk im Raum Günzburg ausgehoben, wobei fünf Tatverdächtige festgenommen wurden. Den Personen wird vorgeworfen, als kriminelle Bande Ausländer nach Deutschland geschleust und mit gefälschten EU-Pässen versorgt zu haben. Ziel der Gruppe war es, Nicht-EU-Bürger in

den europäischen Arbeitsmarkt zu schleusen und dafür Provisionen zu erhalten. Ein weibliches Bandenmitglied hatte sich bisherigen Erkenntnissen nach eigens für diesen Plan beim Landratsamt Günzburg einstellen lassen, um dort die gefälschten Dokumente als echt auszuweisen. Die Kriminalität im Zusammenhang mit der Migration im Landkreis Günzburg er-

reicht damit ein neues Ausmaß – und die CSU schaut wie immer weg. Nur ein konsequenter Schutz der europäischen Außengrenzen mit systematischer Überprüfung der Einreisenden kann derartige Fälle in Zukunft verhindern. Weiterhin muss umgehend geprüft werden, inwieweit deutsche Behörden durch Mitglieder krimineller Vereinigungen unterwandert sind.

# Skandal in der Staatskanzlei: Aiwanger bedroht die Existenz hunderttausender Unternehmen in Bayern



Trotz anderslautender Versprechungen verlangt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) von über 260.000 Unternehmen in Bayern, ihre erhaltenen Corona-Soforthilfen bis Juni 2023 zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzuzahlen. Söders Lockdown-Politik war rechtswidrig, wie der Verwaltungsgerichtshof bereits bestätigte. Infolge dieser unverhältnismäßigen staatlichen Corona-Einschränkungen konnten hunderttausende heimische Unternehmen nicht oder nur eingeschränkt arbeiten. Sie mussten ihr Eigenkapital aufzehren und teil-

weise Schulden aufnehmen. Die jetzige Inflation und immer weitere Auflagen der Staatsregierung lassen ihnen keine Verschnaufpause und treiben den Mittelstand in den Ruin. Die jüngste Drohung von Hubert Aiwanger, dass Unternehmer die erhaltenen Corona-Soforthilfen prüfen und gegebenenfalls bis Juni dieses Jahres wieder zurückzahlen müssen, ist daher an Dreistigkeit kaum zu übertreffen. Nur die AfD stellte sich mit zahlreichen Anträgen nicht nur gegen die Lockdown-Politik, sondern auch gegen eine Pflicht zur Rückzahlung jeglicher Corona-Hilfen.

## Impressum & V.i.S.d.P.

Herausgeber: Gerd Mannes, Mitglied des Bayerischen Landtags  
Anschrift: Max-Planck-Straße 1, 81675 München  
Kontakt Daten: gerd.mannes@afd-landtag.bayern  
08221-2001453

Bildrechte:

S. 4: Wikimedia Commons / Martin Kraft (CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)  
S. 5: BMWK / Dominik Butzmann  
S. 6: StmWi Bayern/R.Kerl